

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jenny Michow.**
Wien, 1. Neuge-Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 17. Dezember 1918. Nr. 481.

Ernennungen. Der Stadtrat hat im Status der Hauptkasse ernannt: Robert Schug, Anton Nadhera, Friedrich Bulius, Ludwig Wlk, Hermann Ramharter, Rudolf Hartl, Alfred Balaban, Georg Bayer zu Kontrolloren; Richard Oellacher, Alfons Geschlät, Karl Vlcek, August Schumacher, Josef Höllinger, Karl Gillmayer zu Adjunkten; Friedrich Pleninger, Hermann Wottawa, Friedrich Mayerhofer, Anton Selinka, Otto Scheiber zu Offizialen; Felix Solterer zum Akzessisten.

Die Zukunft der Krongüter. Der Stadtrat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit einem Referate des VB. Reumann auf Ueberreichung einer Denkschrift der Gemeinde Wien aus Anlass der Uebernahme der Krongüter durch den Staatsrat. Da die meisten und wichtigsten dieser Güter im Weichbilde der Stadt Wien oder in ihrer Nähe liegen, hat die Gemeinde Wien an der Lösung dieser Frage ein ausserordentliches Interesse. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sich denn auch bereits am 23. November an den Staatsnotar gewendet und unter Hinweis auf die grosse Bedeutung eines Teiles dieser Besitztümer, namentlich des Lainzer Tiergartens für die Gemeinde Wien für die Wiener Bevölkerung um die Anordnung von Unterhandlungen ersucht. Nach einer am 3. d.M. beim Staatsnotar abgehaltenen Besprechung haben die Staatsämter ein sehr weitgehendes Programm entwickelt und namentlich der Lainzer Tiergarten wurde von fünf Stellen in Anspruch genommen. Die Vertreter der Gemeinde Wien haben hierbei das Interesse der Gemeinde an den Gartenanlagen und Liegenschaften betont, im übrigen aber ihre Wünsche nur im allgemeinen dargelegt und sich die genauere Feststellung der für die Zwecke der Gemeinde anzusprechenden Güter vorbehalten. Zu diesem Behufe fand am 6. d.M. bei der Magistratsdirektion eine Besprechung aller beteiligten Magistratsreferenten statt wobei die für die Lösung dieser Angelegenheit massgebenden leitenden Gesichtspunkte und die wichtigsten Ansprüche der Gemeinde Wien klargelegt wurden, insbesondere die Notwendigkeit betont wurde, die Auslieferung dieser Güter an die Spekulation zu verhindern.

In der Denkschrift wird ausgeführt, dass die Uebernahme und Nutzbarmachung der Krongüter rechtlich in erster Linie den Staat als den Rechtsnachfolger der Krone berühre, tatsächlich aber am stärksten und unmittelbarsten die Stadt Wien, in deren Weichbild oder in deren Nähe die meisten und wichtigsten Güter gelegen sind; die Gemeinde Wien erachtet es daher als eine ihrer ersten Pflichten ihr Interesse an diesen Besitztümern, mit allen ihr zu Gebote stehendem Nachdrucke, zur Geltung zu bringen. Die Gemeindeverwaltung erhofft sich dabei die verständnisvolle und entgegenkommende Würdigung seitens der Staatsverwaltung denn das Interesse der Stadt Wien deckt sich vollkommen mit dem öffentlichen Interesse. Dieses rechtfertigt wohl auch die Bitte, der Staatsrat möge die Gemeinde Wien vor jeder Verfügung über eines der Güter rechtzeitig in Kenntnis setzen und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die Erinnerungen an eine jahrhundertlange Vergangenheit und die gebieterischen Forderungen der neuen Zeit verlangen in gleicher Weise, dass diese Besitztümer ohne allen

Vorbehalt und alle Einschränkung dem Genusse und dem Nutzen der Allgemeinheit zu geführt und erhalten bleiben. Ganz im Einklange mit diesem Grundsatz wird die Gemeinde Wien jedem Versuche entgegenzutreten, diese Güter, seien es Baulichkeiten, Gärten oder Liegenschaften der Privat-spekulation, in welcher Form immer auszuliefern. Diesem obersten Grundsatz entspricht es auch, dass Kulturgüter von unschätzbarem Werte, wie sie die Hofburg, die Hofmuseen darstellensweise den kommenden Geschlechtern und dass Kunstanstalten, wie die Hoftheater ihrer erhabenen Widmung erhalten bleiben. Diese Stätten, die der Kunst und der Wissenschaft dienen, bilden einen Kulturschatz des ganzen Staates und seine Verwaltung gebührt daher ausschliesslich dem Staate, der sie vor jeder Entweihung (Errichtung von Postämtern) behüten wird. Die Gemeinde Wien wird ihre Ansprüche überall dort zurückstellen, wo es sich um allen Staatsbürgern gewidmete Kulturschätze handelt. (Schloss Schönbrunn, Schloss Hetzendorf, Belvedere) Die Gartenanlagen aber dienen in erster Linie der Stadt und ihren Bewohnern; zu ihrer Verwaltung kann nur die Gemeinde Wien berufen sein, die dann auch die Verwaltung und Erhaltung zu besorgen haben wird. Sie sind als öffentliches Gut unentgeltlich in die Verwaltung der Gemeinde Wien zu übertragen.

Hinsichtlich der Güter teils Krongüter, teils Güter des privaten Familienfonds tritt ein Wettbewerb der Interessen des Staates und der Gemeinde Wien ein. Hier wird daher ein Vergleich der beiderseitigen Interessen stattfinden müssen und der stärkere Bedarf und das höhere Interesse entscheiden. Zur Durchführung aller der Gemeinde im Kriege auferlegten Aufgaben, die eine sprunghafte Steigerung der Verwaltungstätigkeit der Gemeinde mit sich brachte, benötigt die Gemeinde dringendst einen Teil der Besitztümer der Krone, die durch entgeltliche Erwerbung Gemeindevermögen werden sollen. Sie ist der Besitz der an der Spital der Gemeinde und an das Versorgungshaus angrenzenden Teile des Lainzer Tiergartens die unerlässliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung dieser Anstalt. Das Gebiet des Tiergartens eignet sich aber auch wie kein anderes zur Errichtung von neuen Anstalten, für Tuberkulosefürsorge, einer grossen Kinderpflegeanstalt, Waisenhäusern etc. Von grösstem Wert für die Gemeinde ist der Besitz der ganzen Lobau für Wohnzwecke der landwirtschaftlichen Arbeiter ist die Sicherung der Jagdhäuser und Jagdhütten in der Lobau und in Asperrn notwendig. Weiter strebt die Gemeinde Wien den Hofrärischen Besitz auf der Simmeringer Halde an, der allseits von Gemeindebesitz umschlossen ist. Ausserordentlich erwünscht wäre die Pachtung von Orth. Angemeldet wird neben der Ueberlassung des Praters die Erwerbung der Kriau und des Vorparkes von Schönbrunn, welche letzterer bereits eine Verwendung für Jugendfürsorge gefunden hat. Hinsichtlich Schönbrunn (Seitengebäude) Hetzendorf und Laxenburg behält sich die Gemeinde vor, Anträge wegen teilweiser Verwendung zur Kinder- und Rekonvaleszentenfürsorge zu stellen. Auch die Räume des Reservespitals im Augarten könnten mit den Grünflächen gleichfalls zur Jugendfürsorge herangezogen werden. Die Gemeinde Wien kann es weiters nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, dass der Stadterweiterungsfonds seinem ganzen Ursprunge nach nicht zum gemeinsamen Eigentum, der Teilstaaten des ehemaligen Oesterreichs gehört.

In dem Gebäude der ungarischen Garde in der Neustiftgasse könnte ein Teil der städtischen Sammlungen würdige Unterbringung finden. Zur Deckung des dringendsten Bedarfes denkt die Gemeinde an folgende Baulichkeiten: Gebäude der Leibgarde in der Mariahilferstrasse, Gebäude der Leibgarde Reitereschwadron in der Lerchenfelderstrasse, das Hofmobiliens- und Materialdepot, auf der Mariahilferstrasse und die Hofstallungen.

Schliesslich macht die Gemeinde auf die unschöne Tiergartenmauer aufmerksam, durch deren Abtragung sich Ziegel und Steine gewinnen, sowie Arbeitsgelegenheit (Notstandsarbeiten) schaffen liessen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, dass der Kaisergarten, der kaum je von den Mitgliedern oder Hofes benützt wurde, der Öffentlichkeit raschestens erschlossen werden müsse. Dringlich seien ferner die Uebernahme des Augartens und insbesondere des Lainzer Tiergartens, von welchem der an das Jubiläumsspital und Versorgungshaus grenzende Streifen den Pflinglingen dieser beiden Anstalten zur Verfügung zu stellen wäre. Im Tiergarten wären ferner Sport- und Spielplätze zu errichten. Ein Teil wäre auch als Naturpark, der gewisse eine Sehenswürdigkeit für Einheimische und Fremde bilden wird, zu erhalten. Mit dem vorliegenden Antrage des VB. Reumann und jenen des StR. Winter sei er einverstanden.

StR. Kienböck wünscht, dass wenigstens ein Teil des Lainzer Tiergartens für Spaziergänger sofort geöffnet werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass ein solches Ansuchen bereits an den Staatsrat gestellt wurde, die Erledigung werde offenbar dadurch verzögert, dass der Abschuss von 80 % des Wildbestandes angeordnet wurde und jetzt im Zuge ist. Bezüglich des Praters müsse vorgesorgt werden, dass die Kriau, welche Besitz von Mitgliedern des Kaiserhauses sei, nicht der Privat-spekulation überliefert werde. Auch dieses Gebiet könne teilweise für Kinderfürsorge-Zwecke in Anspruch genommen werden. Der Bürgermeister spricht sich ferner für die energische Forderung der Ueberlassung des Stadterweiterungsfonds aus, der gegenwärtig über 20 Millionen Kronen beträgt und dessen Eigentumsanspruch in den 60 er Jahren von der Gemeinde nicht nachdrücklich genug geltend gemacht wurde.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, der Stadtrat möge ihn ermächtigen, mit dem Staatsrat wegen Ueberlassung des Stadterweiterungsfonds an die Gemeinde Wien Verhandlung zu pflegen.

StR. Winter wünscht die Erhaltung der Schönbrunner Menagerie und die Deckung der Kosten durch Errichtung einer Volks A.G., die Aktien lautend auf 20 bis 30 K, die Uebernahme des Fasangartens für Erholungsstätten und Sportplätze. Gewisse Teile des Schönbrunner Schlosses, in denen sich Kunstwerke von grossem Werte befinden, seien in dem jetzigen Zustande zu belassen. Er wünscht ferner ein Durchweg durch den Volksgarten mit dem Eingang vom Ring aus, die Uebernahme des Parkes Augartens und Errichtung einer fairen Strasse zum Nordwestbahnhof, die Erhaltung des Lainzer Tiergartens als Naturpark mit Ausnahme des südlichen Teiles der für die Pflinglinge des daselbst befindlichen städtischen Anstalten und für Kindergesundheitszwecke in Anspruch zu nehmen sei.

StR. Müller wird darauf hin, dass er bereits vor 6 Wochen dem Bürgermeister über die Uebernahme verschiedener Krongüter gesprochen und dass der Bürgermeister erklärt

habe, diese Angelegenheit kässe sich nur im Einvernehmen mit dem Staatsrat regeln. Auch seine Parteigenossen wünschen, es mögen recht viele Flächen für Wohlfahrtszwecke, insbesondere für Kinder angefordert werden. GR. Müller bittet bei dieser Gelegenheit, die Gemeinde möge sich auch der Hofbediensteten und Hofgärtner annehmen.

StR. Spalowsky wünscht die eheste Eröffnung der Hofburg als einziger Durchzugsstrasse von Mariahilf in die Innere Stadt. Der Schönbrunner Park müsse der Wiener Bevölkerung auch weiterhin als Erholungsstätte vollständig erhalten bleiben.

Er müsse sich dagegen aussprechen, für die Schönbrunner Menagerie eine Volks A.G. zu gründen. Die Arbeiterschaft würde sich kaum daran beteiligen können und die Bevölkerung würde erbittert sein, wenn sie Eintrittsgebühr zahlen müsste. Auch er bittet, Vorsorge zu treffen, dass die Hofbediensteten nicht geschädigt werden. Er bittet schliesslich auch auf die Einbeziehung des Schlösschens und Parkes Hetzendorf in die Aktion nicht zu vergessen.

StR. Knoll betonte die Wichtigkeit, auch den zweiten Teil der Lobau, der noch im Besitze des Hofrars ist, zu erwerben, oder wenigstens durch einen langfristigen Pachtvertrag der Gemeinde dienstbar zu machen. Die Lobau werde in der Zukunft für die Errichtung landwirtschaftlicher Güter der Gemeinde Wien eine besondere Rolle spielen.

StR. Vaugoin tritt dafür ein, dass ebenso, wie Versailles auch Schönbrunn in und ausser im unveränderten Zustande erhalten werden soll. Der Schönbrunner Park und der Lainzer Tiergarten müssten der ganzen Bevölkerung zur Verfügung bleiben.

Er macht ferner darauf aufmerksam, dass die Tiere der Schönbrunner Menagerie, deren Bestand von 4000 auf 1600 zurückgegangen sind und er bittet, vorzusorgen, dass für die seltenen Exemplare, welche nicht nachgeschafft werden können, die Verpflegung herbeigeschafft wird.

StR. Jung macht darauf aufmerksam, dass er schon seinerzeit als Bezirksrat für den Durchbruch einer Strasse durch den Augarten eingetreten sei. er wünscht ferner, dass die sanitätswürdigen Wohnungen der Diener endlich bedient werden. StR. Jung bemerkt weiters, dass Bürgermeister Dr. Lueger und StR. Offenberger sich energisch gegen die weitere Verbauung des Parkes ausgesprochen haben.

Der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt bei dieser Gelegenheit, dass gelegentlich der von ihm mit dem Fürsten Montenuovo geführten Verhandlungen das mündliche Versprechen gegeben wurde, dass der Prater nicht weiter verbaut werde. Bezüglich der in der Debatte gefallenen Anregungen erklärte er, dass jede einzelne Aktion den Gegenstand der Beratungen im Stadtrate bilden wäre.

Nach dem Schlusswort des Referenten wurde dessen Antrag, sowie der Antrag des Bürgermeisters einstimmig angenommen. Ebenso wurden die Anträge der StRe. Winter und Knoll zum Beschluss erhoben.

+ + +

In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellte StR. Max Winter einen eingehend begründeten Antrag, die beiden Seitentrakte des Schönbrunner Schlosses, den sogenannten Meidlinger Kavalierttrakt und den Hietzinger Vallerietrakt